

Launus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Hornauer Anzeiger | Nassauische Schweiz - Anzeiger für Echthalten, Falkensteiner Anzeiger
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn | Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalt 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenanzeige und Angebotgebühren 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

23

Oktober

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einsätze Bellagen: Tausend 3.50 Mark. Anzeigen-Aannahme: Frühere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9^{1/2} Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird nicht bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 166 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfach 100; Frankfurt (Main) 2927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die deutsche Antwort an Wilson

Ist am Montag nachmittag abgefaßt worden. Die deutsche Antwort kommt den Forderungen Wilsons weit entgegen. Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber überlassen sind, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Dann verwahrt sich die deutsche Regierung gegen den von Wilson erhobenen Vorwurf absichtlicher Grausamkeiten der deutschen Kriegsführung zu Wasser und zu Lande. Sie bestreitet entschieden, daß absichtlich ungeseliche und unmenschliche Handlungen begangen werden. Wo Ausschreitungen vorkommen, da geschehen sie gegen die strengen Befehle der Heeresführung und werden bestraft. Auch der ungeheuerliche Vorwurf, daß deutsche Landboote die Rettungsboote versenkter Schiffe vernichtet hätten, der sich für jeden Deutschen als eine aus der Erregung des Krieges entsprungene Unwahrheit kennzeichnet, wird zurückgewiesen.

Um alles zu verhindern, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche U-Boot-Kommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche U-Boot vor seiner Rückkehr erreicht.

Zu übrigen aber haben wir so wenig ein gerechtes Urteil zu scheuen, daß die Note die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorschlägt. Es wäre ein Glück für die ganze Menschheit, wenn einmal ein wirklich unparteiischer Gerichtshof alle die furchtbaren Verleumdungen und Greuellegenden, die so viel zur Erzeugung wilden Hasses gegen Deutschland beigetragen haben und die doch bis auf ganz winzige Ausnahmen ein graufiges Gewebe von Haß, Irrtum, Lüge und Dummheit sind, ohne Voreingenommenheit untersuchen und auf ihren wahren Wert zurücksühren würde. Der amerikanische Präsident würde sich ein großes Verdienst um die Beseitigung der Kriegsstimmung und um die Wiederherstellung der menschlichen Selbstachtung erwerben, wenn er dafür sorgen wollte, daß der deutsche Vorschlag bald verwirklicht würde.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnete der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Die deutsche Antwort weist Wilson darauf hin, daß in der Ausgestaltung der deutschen Verfassung ein grundlegender Wandel eingetreten ist und das Friedens- und Waffenstillstandsangebot von einer Regierung ausgeht, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören jetzt zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung war gewesen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig beantwortet.

Die Antwort der deutschen Regierung entspringt somit dem ehrlichen Willen, das Ende des Krieges so bald als möglich herbeizuführen, und das Bestreben, so weit entgegenzukommen, als es irgendwie möglich ist.

Welches das Schicksal und die Wirkung der deutschen Note sein wird, ist heute noch nicht zu sagen. Das hängt wesentlich davon ab, ob Wilson in der Richtung seiner ersten oder seiner zweiten Antwort den Meinungsaustrausch fortsetzen wird. Darauf wirken allerlei Kräfte und Erwägungen ein, nicht bloß die Rücksicht auf die europäischen Bundesgenossen, die in seiner letzten Note so stark zu hören waren, sondern auch die andere auf die am 5. November bevorstehenden amerikanischen Kongresswahlen, die ihre Schatten vorauswerfen und die für die Stellung der demokratischen Partei und damit des Präsidenten im Kongreß von großer Bedeutung sein können.

Eine neutrale Kommission.

Berlin, 22. Okt. (M. B.) Zur Untersuchung der Beschuldigungen über angeblich zweifelhafte Verwüstungen und Zerstörungen bei dem Rückzug der deutschen Truppen begab sich eine neutrale Kommission, bestehend aus in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front. Der Chef der politischen Abteilung in Brüssel, Gesandter Freiherr von der Lanke, übernahm die Führung der Kommission. Die neutrale Kommission setzt sich zusammen aus dem spanischen Gesandten Marquis Villalobar, dem holländischen Gesandten von Bollenhofen und den folgenden Delegierten der Rotes-Kommission: Saura (Spanien), Langenberg (Niederlande) und van Bree (Belgien).

Die Reichstagsitzung.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 23. Okt. Die gestrige Sitzung des Reichstags wurde eröffnet mit einer Rede des Reichskanzlers Prinz von Baden über die auswärtige und die innere Politik. Der Reichskanzler führte aus, daß entscheidende Schritte in der Friedensfrage von beiden Seiten unternommen worden seien. Das ganze deutsche Volk warte darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedensschrittes zu haben glaube. Für ihn, den Reichskanzler, sei es aber in der gegebenen Situation geboten, sich mit möglichster Zurückhaltung zu äußern. Der Kampf der Meinungen habe in allen Ländern begonnen über die Frage des Rechtsfriedens oder über die Frage des Gewaltfriedens. Es handele sich um einen Gestimmungsstreit, der in jedem Lande zur Entscheidung gebracht werden müsse. Wir müßten uns darüber klar sein, daß der Grundgedanke des Völkerbundes seine Feuerprobe bestehen müsse. Welche Antwort der Präsident Wilson geben werde, stehe noch dahin. Bis dahin müßten wir uns

auf die beiden Möglichkeiten einrichten:

„Wenn die feindlichen Regierungen den Krieg weiter fortsetzen wollen, dann müssen wir uns zur Abwehr wappnen mit allen Mitteln und Kräften, die uns zur Verfügung stehen. Wenn diese Notwendigkeit eintreten sollte, dann habe ich als Reichskanzler keinen Zweifel, daß dann die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen wird, wie sie jetzt im Namen des deutschen Volkes ehelich bestrebt ist, den Rechtsfrieden zu erreichen. Als wir die Pflicht übernahmen, dem Rechtsfrieden den Weg zu ebnen, haben wir zugleich auch die Verpflichtung übernommen, uns keinem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebhafte Zustimmung bei der großen Mehrheit.) Denn eine Regierung, die sich dieser Pflicht nicht bewußt wäre, würde von dem arbeitenden Volk weggesetzt werden. Aber auch bei der zweiten Möglichkeit, bei der Möglichkeit, daß wir zum Rechtsfrieden kommen, müssen wir dafür sorgen, daß das deutsche Volk nicht ahnungslos und blind an den Verhandlungstisch geführt wird. Wir haben die Wilsonschen Sätze zur Grundlage des Friedensprogramms gemacht, und das bedeutet, daß nicht mehr die Gewalt über das Schicksal der Völker entscheidet, sondern neue Grundsätze des

Völkerbundes.

und davon wird auch unser innerstaatliches Leben berührt. Wir können nicht mehr stehen bleiben auf dem Boden des nationalen Egoismus; dann würde es keine Wiederaufrichtung und Erneuerung geben, dann würde ein Gefühl der Bitterkeit durch Generationen hindurch bleiben und unsere Kräfte lahmlegen; sondern wir müssen uns klar und aufrichtig bekennen zur neuen Rechtsidee. Wir müssen freimütig und freiwillig in dieser als Heilmittel für die Zukunft sehen, und aus diesem Gefühl heraus wird der Völkerbund die Quelle des Trostes und neuer Kraft werden. Mag es nun zu neuen Kämpfen kommen oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß die Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gelöst werden können durch das neue Regierungsprogramm in entschiedener Abwehr der alten Ideen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Der Reichskanzler sprach dann über die innere Politik. Wichtige Schritte zur Herbeiführung der inneren Freiheit in Deutschland

sind geschehen. Das gleiche Wahlrecht für Frauen ist gesichert. Ein Gesetz über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes sind vorbereitet. Parlamentarier sind in die Regierung berufen. Entsprechende Änderungen der Verfassung und des Stellvertretergesetzes werden vollzogen. Entsprechende Änderungen sind in der Regierung Elsaß-Lothringens eingeleitet. Der neue Statthalter wird mit seinen Mitarbeitern ein Regierungsprogramm vereinbaren und darlegen. Der Reichstag soll das voll

Mitbestimmungsrecht über Krieg und Frieden

haben. Auch zur Ausdehnung dieser Mitwirkung auf die Bündnisverträge ist die Regierung bereit, sobald der Völkerbund eingerichtet ist. Die außerordentlichen Vollmachten sind während der Kriegszeit nicht entbehrlich, aber sie unterliegen der Kontrolle des Reichstags. Eine weitgehende Amnestie ist durchgeführt. Alle verfassungsmäßigen Instanzen haben diesen Beschlüssen einstimmig zugestimmt. Ich bin mit meinen politischen Mitarbeitern völlig einig. Das deutsche Volk ist mündig, es sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten, nachdem es bisher von seiner Macht keinen Gebrauch gemacht hat, weil es die bewährten Gewalten gern gewähren ließ. Wir haben nicht um des Auslandes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsreformen gegriffen, die gegen unsere innere Ueberzeugung wären und unsere Eigenart nicht entsprächen. Das wäre unaufrechtlich gehandelt. Um unsere Eigenart zu wahren, müssen wir unsere Hauschre wahren. Noch steht vor unseren Toren der Feind. Wir gedenken in Dankbarkeit unserer Kämpfer an der Front. Wir vertrauen ihnen und rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich. (Bravo!) Was ihr an Mitteln, an Mut und Menschen braucht, das sollt ihr haben. (Lebh. Zustimmung.)

Im Rahmen eines großen parlamentarischen Tages, ohne Jubel oder Lärm, in erster Haltung und einer nicht gewöhnlichen Aufmerksamkeit des ganzen Hauses vollzog sich die Sitzung, in der der Reichskanzler Prinz von Baden zum zweiten Male vor der Volksvertretung erscheinend, kurz und mit einer aus der Situation begreiflichen Zurückhaltung über unsere letzte Note und den augenblicklichen Stand der Friedensaktion sprach und in klugen Gedankengängen schilderte, daß wir uns auf beide Möglichkeiten gefaßt machen müssen, auf den Rechtsfrieden und auf Gewalt, auf Verhandlungen oder auf den letzten Kampf, und wer innerlich sich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, sei auch verpflichtet, sich nicht kampflös dem Gewaltfrieden zu beugen. Die politische Mündigkeit des deutschen Volkes ist das Ziel, das der Kanzler feierte. Es sitzt im Sattel und wird zeigen, daß es reiten kann. In dem jetzt gezeigten politischen Machtwillen des Volkes liegt die reale Garantie für die Dauer und den weiteren Ausbau des Gewonnenen, liegen die Wurzeln der Kraft der neuen Regierung.

Wie es dem Wesen des parlamentarischen Systems entspricht, haben die Redner der Mehrheit, Herold vom Zentrum, Ebert von der Sozialdemokratie, der Volksparteiler Naumann und von den Nationalliberalen Stresemann alle die programmatische Erklärung und auch die weiterblickenden Ausführungen des Kanzlers gebilligt, unterstrichen, verstärkt. Der sozialdemokratische Führer bewährte sich, ohne aus dem Rahmen seiner Parteianschauungen zu fallen, doch als ein richtiges Mitglied der Mehrheit, auf der die jetzige Regierung beruht. Naumann schilderte in der großzügigen

Art, in der er geschichtliche Entwicklungen zu behandeln pflegt, die Gründe des Untergangs des monarchischen feudalen Staates, der an den inneren Gegensätzen und Unwahrheiten scheitern und dem Volksstaat Platz machen mußte und als Beispiel dieser im monarchischen Staat möglichen, sich bekämpfenden Gegensätze wählte er Tirpitz, der für so vieles Unheilvolle vor und in diesem Krieg verantwortlich sei und Bethmann Hollweg, den Vertreter unserer Neuorientierung und Reformen.

Der nationalliberale Herr Stresemann erklärte: Der Gedanke, daß in einem Augenblick, wo die Völker den Frieden haben können, mehr Blut vergossen wird, als bisher, ist niederdrückend. Aber die Entscheidung darüber liegt beim Präsidenten der Vereinigten Staaten, der den Frieden auf Grund der Prinzipien haben kann, die er selbst verkündet hat. Nicht wir tragen die Verantwortung für das Blut, das noch vergossen wird. Wir haben an den deutschen Sieg immer geglaubt und schämen uns dessen nicht. Aber unsere Kriegsziele sind nicht erfüllbar.

Weiter hat das persönliche Hervortreten der Krone mit dazu beigetragen, daß unsere Verfassungsverhältnisse vor dem Auslande in ganz falsches Licht gekommen sind. Die Geschichte des preussischen Wahlrechts zeigt wieder, daß es das Unglück der Staaten und Könige ist, wenn notwendige Konzeptionen nicht rechtzeitig gemacht werden.

Das parlamentarische System findet seine Rechtfertigung auch in dem vollen Niederbruch der Diplomatie vor und während des Krieges. Wenn man sieht, wie spät wir mit dem Hilfsdienstgesetz aufgetreten sind, wie die deutsche Industrie vergeblich schon vor dem Kriege ihre Hilfe angeboten hat und was auf dem Gebiete des U-Bootkrieges veräußert worden ist, dann ergreifen einen bittere Empfindungen. Dazu kommt die Ohnmacht gegen das Treiben der Kriegsgewinnler in der ersten Zeit des Krieges, wo die Behörden eine Planlosigkeit sondergleichen zeigten. Ferner kommt dazu der Zusammenbruch des Ernährungssystems und das Fehlen eines engen Zusammenhangs zwischen Regierung und Volk, der doch gerade in diesem Kriege sehr notwendig war. Der Gegensatz kam nicht größer gekennzeichnet werden, als dadurch, daß in England der Arbeitsminister persönlich zu den Arbeitern ging, wenn sie streikten wollten, während bei uns die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in Bewegung gesetzt wurde. Das Volk will geführt werden und will seine Führer sehen. Wir begrüßen es, daß die Sozialdemokratie in die neue Regierung eingetreten ist und versprechen uns davon nur gutes.

Von der Opposition sprach nur der konservative Graf Westarp. Die Partei lehnt die Verantwortung für den Friedensschritt ab, obgleich Graf Westarp ausdrücklich zugab, daß er die Voraussetzung für diesen Zwang wohl kenne. Die Partei lehnt auch die innere Reform ab. Zum Schlusse seiner Rede erklärte Graf Westarp: Wir halten fest an der Unverfehrbarkeit des Reichsgebietes auch im Osten und mit ganz besonderer Entschiedenheit lehnen wir die unerhörten Ansprüche ab, die von polnischer Seite erhoben werden. Kein Schritt deutschen Bodens auch im Osten soll abgetreten werden.

Eingegangen ist von den Mehrheitsparteien eine Resolution, in welcher dem Reichskanzler das Vertrauen ausgesprochen wird.

Darauf wurde die Weiterberatung auf heute vertagt.

Die Staatssekretäre beim Kaiser.

Berlin, 22. Okt. Der Kaiser empfing gestern Nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers die neu ernannten Staatssekretäre Scheidemann, Gräber, Erzberger, Haußmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Giesberts, Rob. Schmidt und Dr. August Müller. — Beim Empfang

der neuen Staatssekretäre, die durch den Chef des Zivilkabinetts v. Delbrück dem Kaiser vorgestellt wurden, hielt dieser eine kurze Ansprache, die sich in erster Linie auf die innerpolitische Neuorientierung in Deutschland bezog. Dann zog er jeden der Anwesenden in ein kurzes Gespräch. Mit den Herren, die ihm bereits bekannt waren, unterhielt sich der Kaiser besonders eingehend. Die politische Lage wurde während der Unterredung nicht gestreift. Nach ungefähr einer halben Stunde fand der Empfang sein Ende.

Neue Kreditvorlage.

Mitte November wird dem Reichstag eine neue Kriegskreditvorlage in Höhe von 15 Milliarden zugehen.

Die finnische Königsfrage.

Berlin, 22. Okt. Aus Helsingfors wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ gemeldet: „Suomen Sosialdemokrati“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß bei der finnischen Regierung ein Telegramm aus Deutschland eingetroffen sei, demzufolge Prinz Friedrich Karl von Hessen erklärt habe, daß er vor Ablauf von zwei Monaten keine endgültige Antwort betreffs Uebnahme der finnischen Krone geben könne, da er kein Friedenshindernis sein wolle.

Fliegerangriff auf Frankfurt.

Frankfurt, 22. Okt. (W. S. Nichtamtlich.) Gestern abend 10 Uhr wurde die Stadt Frankfurt a. M. alarmiert, da feindliche Flieger gemeldet waren. Infolge Sperrfeuer gelang es denselben nur, Bomben in der Umgegend abzuwerfen. 10.30 Uhr war der Alarm beendet.

Fliegerangriffe auf süddeutsche Städte.

Karlsruhe, 22. Okt. Gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr versuchten mehrere feindliche Flieger die offenen Städte Mannheim und Ludwigshafen anzugreifen. Unsere im Verein mit Scheinwerfern arbeitenden Flugzeuge verhinderten sie jedoch in das Weichbild der Stadt einzudringen. Die abgeworfenen Bomben gingen sämtlich in der näheren und weiteren Umgebung nieder. Nur in einem Falle wurde geringer Sachschaden angerichtet. Ueber Personenschaden ist nichts gemeldet. Auch die offene Stadt Kaiserslautern wurde heute Nacht von mehreren feindlichen Fliegern angegriffen. Die abgeworfenen Bomben verursachten Sachschaden in der Stadt. Leider wurde auch ein Mädchen getötet und eine Frau verletzt. Ferner fielen bei Heiligenfeldheim einige Bomben auf freies Gelände ohne irgend welchen Schaden anzurichten.

Wiener Generalstabsbericht.

Wien, 22. Okt. (W. S.) Amtlich wird verlautbart: Gestern in den frühesten Morgenstunden gelang es dem Feinde im Gebiete des Monte Siesmol vorübergehend in unsere Gräben einzudringen. Er wurde durch Gegenstoß geworfen. Weitere Angriffe scheiterten in schwerem Feuer. Im Alcano-Beden vereitelten wir italienische Erkundungsversuche.

An der Morawa wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Eine Unternehmung deutscher Truppen führte in eine feindliche Stellung. Bei Zajecar vermochte der Feind Boden zu gewinnen. In Albanien kam es am Mati-Fluß zu Nahkämpfen.

Der Chef des Generalstabs.

Nikolai Nikolajewitsch.

Der totgeflagte frühere Oberbefehlshaber Nikolai Nikolajewitsch befindet sich wohlbehalten in Riew.

Großes Hauptquartier, 22. Oktober.

(W. S.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Eys und Schelde Infanteriegefechte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Flüsse zu überschreiten. Nordöstlich von Kortrijk drang er mit Panzerwagen, südöstlich von Kortrijk mit starken Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen. Bizewachtmeister Müller der 9. Batterie Feldartillerie-Regiment 221 vernichtete hierbei 6 Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns geschonten Richttürme von St. Amand mit Maschinengewehren. Weidenseits von Solesmes und Le Cateau hat der Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nächstlichen Teilangriffen fielen die Gehöfte von Amercoel in seine Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittag auf breiterer Front zwischen Dife und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Desbrecourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch.

Auf den Aisne-Höhen östlich von Bouziers dauern heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preussischen und bayrischen Bataillonen dem Feind in erfolgreichen Gegenangriffen die Höhen östlich von Bandy, zwischen Ballay und Cestres und nördlich von Falaise wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Westlich von Oigny scheiterte ein Teilangriff des Feindes.

Heeresgruppe Gallwitz.

Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Sommeranes und in breiterer Front beiderseits von Banthevill an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner wiederum hohe Verluste.

Aus einem Geschwader von etwa 8 feindlichen Flugzeugen, das Ortschaften im Lahntal angriff, wurden vier Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Beltjens errang seinen 35. Luftsieg.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Arujevac und am Bukovik scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morawa.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Starke Angriffe in Flandern.

Heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Berlin, 22. Okt., abends. (W. S. Amtlich.)

Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deinze und östlich von Kortrijk brachten dem Feind nur östlich begrenzten Bodengewinn. Auf dem östlichen Aisne-Ufer, beiderseits Bouziers und östlich von Ainy sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Staatssekretär Erzberger über die Kriegsleihe: Je mehr Kriegsleihe, desto näher der Frieden.

Erzberger

Belgien.

Die Freilassung der Deportierten und politischen Gefangenen.

Basel, 22. Okt. Die Agenzia Stefani berichtet aus Rom: Der „Osservatore Romano“ schreibt: Kardinal Mercier hat soeben den Papst durch die Vermittlung des päpstlichen Betreters im Haag von der geschriebenen Mitteilung benachrichtigt, die der Chef der politischen Abteilung der deutschen Verwaltung in Brüssel, von der Landen, ihm persönlich in Mecheln übergeben hat. Diese Mitteilung besagt: „Sie verkörpern, Eminenz, das besetzte Belgien, und Sie sind der verehrte und angesehene geistliche Oberhirte des Landes. Die allgemeine Regierung und meine Regierung haben mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die deportierten Belgier und die politischen Gefangenen spontan freigelassen werden, wenn unsere Truppen Ihr Gebiet räumen. Sie können zum Teil bereits am 21. Oktober in ihre Heimat zurückkehren. Ich bin glücklich, Ihnen diese Erklärung machen zu können, die geeignet ist, Ihr Herz zu erfreuen, unsofern als ich nicht vier Jahre inmitten der Belgier leben konnte, ohne sie zu achten und ihren Patriotismus richtig einzuschätzen.“

Dieselbe Mitteilung soll am folgenden Tage dem König der Belgier und dem Präsidenten Wilson übergeben worden sein.

Wechsel im italienischen Oberkommando?

Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Genf berichtet wird, veröffentlicht die schweizerische Presse eine Meldung, die besagt, daß General Diaz nicht mehr Oberkommandierender der italienischen Armee sei. Wie schon früher gemeldet, bestanden seit längerer Zeit Unstimmigkeiten zwischen Diaz und Foch, der vergeblich eine Offensive an der italienischen Front verlangt hatte. Die Alliierten scheinen daraufhin die Entlassung Diaz und seine Ersetzung durch den Herzog von Aosta verlangt zu haben.

Bekanntmachung

Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsleihe ist um 14 Tage, d. h. bis einschließlich den 6. November, verlängert worden.

Berlin, im Oktober 1918

Reichsbank-Direktorium
Havenstein v. Grimm